



Radverkehr in Nürnberg – Anspruch und Wirklichkeit

Am 30./31. Mai 2011 hat das Bundesverkehrsministerium in Zusammenarbeit mit der Stadt Nürnberg im Nürnberger Messezentrum den Zweiten Nationalen Radverkehrskongress ausgerichtet. Der Kongress war als Workshop zur Fortschreibung des Nationalen Radverkehrsplanes konzipiert. Rund 700 Fachleute und die anwesenden PolitikerInnen waren sich parteiübergreifend einig, dass der Radverkehr einen höheren Stellenwert in der Verkehrspolitik bekommen muss – und zwar ohne ideologische Scheuklappen.

Es war beeindruckend zu erfahren, dass in Kopenhagen der Anteil des Radverkehrs über 40 % beträgt – und zwar ganzjährig. Dies wurde erreicht, weil u.a. auf den Straßen den RadlerInnen ausreichend Platz eingeräumt wird und im Winter zuerst die Radwege geräumt werden und erst dann die Spuren für den Autoverkehr. Beeindruckend waren auch die Berichte aus München. Dort werden jährlich 4,5 Mio. Euro in Radwege investiert und alleine 1 Mio. Euro in die Kampagne „Radlhauptstadt“ mit vielen öffentlichkeitswirksamen Aktionen, um Radfahren in München zu einem Trend zu machen. Damit setzt die Politik in München um, was beim Kongress der renommierte Verkehrsplaner Prof. Heiner Monheim angemahnt hat: Dass die sogenannten weichen Maßnahmen genauso wichtig sind wie der Bau von Radwegen. Wie sieht es nun in Nürnberg aus? Der Stadtrat hat im Dezember



Leihräder vor der Nürnberger Messe

2009 einstimmig die Radverkehrsstrategie „Nürnberg steigt auf“ beschlossen. Die Politik hat sich darin zum Ziel gesetzt, dass der Radverkehr in Nürnberg bis zum Jahr 2015 auf 20 Prozent gesteigert werden soll. Dieses Ziel setzt sich nicht von selbst um. Es muss vielmehr von der Politik konsequent mit Leben erfüllt werden. Und genau da klaffen Anspruch und Wirklichkeit auseinander. Zwei Beispiele aus der letzten Zeit:

Beispiel 1: Die Einführung des Fahrradverleihsystems NorisBike wurde erst von der CSU verzögert und nach Inbetriebnahme gleich madig gemacht. Dabei waren bei der offiziellen Eröffnung Anfang Mai 2011 noch Bundespolitiker der CSU in der ersten Reihe gestanden.

Beispiel 2: Bei den Haushaltsberatungen für das Jahr 2011 war geplant, dass bis zu 200.000 Euro jährlich aus Mehreinnahmen aus den Parkgebühren in der Altstadt für „Nürnberg steigt

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

im Juli platzten einige unerfreuliche Nachrichten in die Nürnberger Kommunalpolitik: Die Mittel für das Radverkehrsprogramm „Nürnberg steigt auf“ werden entgegen der Planungen gekürzt, der Flughafen Nürnberg ist in großer finanzieller Not, und es ist eine viel zu große Asylbewerberunterkunft in Gostenhof geplant. Mehr dazu in den einzelnen Artikeln.



Erfreulicher ist die Diskussionskultur zur Neugestaltung des Wöhrder Sees. Die Bürgerinnen und Bürger beteiligten sich rege und brachten viele Vorschläge ein, die bei der Verwaltung geprüft und einige davon auch umgesetzt werden. Wir unterstützen diesen offenen Dialog mit den BürgerInnen und hoffen auf weitere Foren dieser Art. Kurz vor der Sommerpause haben wir Ihnen mit einer sehr umfangreichen Ausgabe die Aktualitäten der Nürnberger Kommunalpolitik zusammengestellt.

*Wir wünschen Ihnen schöne Sommertage!
Ihre Brigitta Wellhöfer*

auf“ verwendet werden sollen. Da diese Einnahmen aus verschiedenen Gründen bisher nicht erzielt wurden, wurde dem Verkehrsausschuss am 7. Juli 2011 kurzerhand vorgeschlagen, dass für die Jahre 2011 bis 2014 insgesamt nur mehr 130.000 Euro – also jährlich 32.500 Euro – zur Verfügung stehen sollen. Wir Grünen haben diese enorme Mittelkürzung abgelehnt. Denn so geht´s nicht!

✉ christine.seer@stadt.nuernberg.de



Neustart des Z-Baus mit schalem Beigeschmack

Der Z-Bau wird für knapp 10 Mio. Euro saniert, um nach erfolgreichem Umbau bessere Voraussetzungen für dessen soziokulturelle Nutzungen zu bieten. Dies ist der erfreuliche Teil der Beschlusslage des Stadtrates vom 13. Juli.

Wir sind auch der Auffassung, dass mit der Person Steffen Zimmermann, dem Geschäftsführer der Musikzentrale, eine Person mit großer Integrationskraft gewonnen werden konnte, um die neue Konzeption des Z-Baus voranzutreiben. Ein Trägerkonzept und ein Konzept über die inhaltliche Ausrichtung(en) des Z-Baus soll in den nächsten Monaten erarbeitet werden. Während der in der Verwaltungsvorlage favorisierte „Markenkern Popmusik mit Mainstreamcharakter“ für reichlich Irritationen sorgte, stellten sich für uns zwei weitere Schwachpunkte der Verwaltungsvorlage als Hindernis dar: Die bisherigen KünstlerInnen, NutzerInnen und Beteiligten dürfen sich an den jetzt beginnenden Konzeptionsgesprächen nicht beteiligen! Der Kunstverein soll auf ein kleineres Refugium zurückgestutzt werden, vor allem mit seinen

eigenen Veranstaltungen soll er sich im ganzen Haus verorten. Eigene Veranstaltungsräume soll er nicht mehr bespielen dürfen. Für unsere Fraktion war verwunderlich, dass unser Antrag, die NutzerInnen an der Konzeptionsdiskussion zu beteiligen und darüber nachzudenken, wie der Kunstverein über eigene Räume verfügen kann von SPD und CSU einstimmig abgelehnt wurde. Wir hoffen, dass im weiteren Fortgang die Einsicht einkehrt, die NutzerInnen zu beteiligen und dem Kunstverein seine Identität zu belassen.

❖ achim.mletzko@stadt.nuernberg.de



Straßenbahnlinie 9

Im Dezember wird die U-Bahnlinie 3 bis zum Friedrich-Ebert-Platz fahren. Dann will die VAG die Straßenbahnlinie 9 zwischen Hauptbahnhof und Thon einstellen. Der Grund ist, dass sonst für die U3 keine Fördermittel geflossen wären, weil die Fahrgastzahlen in der U-Bahn nicht für eine Bezuschussung gereicht hätten. Wir Grünen hatten daher den Bau der U3 abgelehnt, weil es keine verkehrliche Verbesserung darstellt, eine funktionierende Straßenbahnlinie durch eine parallel verlaufende U-Bahn zu ersetzen. Seit einigen Monaten regt sich Widerstand bei den BürgerInnen in der Nordstadt. Sie wollen, dass die Linie 9 bleibt. Der Stadtteilarbeitskreis Nordstadt, das Seniorennetzwerk Nord, die GeschäftsinhaberInnen und wir Grünen haben innerhalb von wenigen Wochen weit über 6.000 Unterschriften für den Erhalt der Straßenbahn gesammelt. Nun ist die Politik gefragt.

Wir setzen uns im Stadtrat dafür ein, dass die Linie 9 mit dem bisherigen Angebot mindestens so lange erhalten bleibt, bis voraussichtlich im Jahr 2013 die Straßenbahn von Thon bis Am Wegfeld/Buch Süd verlängert ist. Denn sonst wird für die Menschen, die nördlich von Thon zum Hauptbahnhof wollen, die Fahrt mit den öffentlichen Verkehrsmitteln zu einer langwierigen und unattraktiven Angelegenheit. Die Zeit bis 2013 muss genutzt werden, um eine Einbindung der Linie 9 ins Straßennetz zu entwickeln. Eine Lösung könnte sein, dass über die Pirkheimerstraße eine überfällige attraktive Ost-West-Verbindung geschaffen wird.

❖ christine.seer@stadt.nuernberg.de



EnergieVision Nürnberg 2050

Im April 2011 hat die Stadtratsfraktion sieben Anträge zur Energiepolitik und zum Klimaschutz in Nürnberg gestellt. Die ersten Anträge wurden in der Stadtratssitzung am 13.07.2011 behandelt. Das Umweltreferat unter dem grünen Referenten Peter Pluschke hat in der Sitzung einen Zwischenstand für eine EnergieVision Nürnberg bis zum Jahr 2050 vorgestellt. Dieses hat im Stadtrat große Zustimmung erfahren. Wegen des Umfangs der Vorschläge ist es an dieser Stelle nicht möglich, umfassend darauf einzugehen. Über das Ratsinformationssystem können die Unterlagen heruntergeladen werden: www.online-service.nuernberg.de/eris/calendar.do (Stichwortsuche „Energievision“)

Was nach wie vor fehlt, ist ein Plan des regionalen Energieversorgers auf 100 % erneuerbare Energien. Unser Antrag, dass die N-ERGIE eine Strategie mit Zeitplan erarbeitet, wurde von SPD, CSU und FDP im Stadtrat abgelehnt. Weiter haben wir angemahnt, dass die N-ERGIE sich um die Speicherung von Strom aus erneuerbaren Energien kümmert. Es ist inzwischen möglich, mit Hilfe von Windstrom oder Sonnenstrom Wasserstoff aus Wasser herzustellen und bis zu einem Anteil von 10 % ins Erdgasnetz einzuspeisen. Alternativ kann der Wasserstoff in Methan umgewandelt und ebenfalls ins Erdgasnetz eingespeist werden. Wenn also einmal kein Wind weht und die Sonne nicht scheint, kann mit dem Gas in dezentralen Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen Strom erzeugt werden.

❖ christine.seer@stadt.nuernberg.de

Kurz und bündig

Petra-Kelly-Platz – Der sogenannte - bisher namenlose - Bauernplatz in Gostenhof wird in Petra-Kelly-Platz benannt. Der Verkehrsausschuss des Stadtrats hat im Juni einstimmig einen entsprechenden grünen Antrag beschlossen. Wir freuen uns mit den grünen MitstreiterInnen in Gostenhof, von denen die Initiative ausgegangen war. CS

VAG-Fahrpreise – In den letzten Grünen Nachrichten haben wir die geplante massive Preiserhöhung bei den VAG-Fahrkarten kritisiert. Eine Mehrheit aus SPD, CSU, FDP und Freien Wählern hat am 08.06.2011 in der Stadtratssitzung die Preiserhöhung im Hauruckverfahren ohne Nachdenken über Alternativen oder über soziale und ökologische Auswirkungen durchgewinkt. CS

Situation der Hebammen – Die problematische Situation der Hebammen, die der hohen Haftpflichtprämie geschuldet ist, wird im Gesundheitsausschuss des Deutschen Städtetages debattiert. EL

Bildungsbericht Nürnberg

Schon mehrmals habe ich in den Grünen Nachrichten über den Bildungsbericht berichtet. Zuletzt stellte Dr. Christine Meyer, federführend zuständig für den Bericht im Nürnberger Bildungsbüro, die wichtigsten Daten des Bildungsberichts im AK Kommunal vor. Dabei stellen uns die Erkenntnisse aus dem Bildungsmonitoring in Nürnberg vor große Herausforderungen. Vor allem im Bereich der Bildungsgerechtigkeit haben wir einen



Wir treffen uns regelmäßig mit dem Nürnberger Rat für Integration. Elke Leo besucht konsequent (eigentlich immer als einzige Stadträtin) die Gesamt-Sitzungen des Rates, um über die Beschlüsse und deren zugrunde liegenden Diskussion aus erster Hand informiert zu sein. Dies wird vom Integrationsrat außerordentlich positiv aufgenommen.

Am 27.6.011 fand zum allgemeinen Austausch ein gemeinsames Treffen mit der Partei statt.

großen Nachholbedarf. Das deckt sich auch mit den deutschen PISA-Ergebnissen: „Die Unterschiede in den Schulleistungen sind nach wie vor stark geprägt durch den sozio-ökonomischen Hintergrund der Familien, aber mehr noch der Schulen. Der Leistungsabstand zweier Schüler mit ähnlichem Hintergrund beträgt in Deutschland mehr als 100 PISA-Punkte, je nachdem, ob er auf eine Schule mit günstigem oder ungünstigem Umfeld geht. In keinem anderen Land hat ein sozial ungünstiges Schulumfeld einen derart starken Einfluss auf die Leistungen von Kindern aus sozial schwachen Familien (...)“ (OECD-Ausführungen).

Bestätigt wurde weiterhin, dass die Erfolgsquoten von Kindern gerade im Bayerischen Schulsystem immer noch stark vom Einkommen und sozialem Status der Eltern abhängig sind.

Mit verschiedenen Programmen und Projekten versucht Nürnberg Verbesserungen zu erreichen. Wenn die bayerische Bildungspolitik weiterhin stark selektierende Strukturen vorhält und individuelle Förderung mit einem vielgliedrigen Schulsystem gestaltet, sind Verbesserungen schwer zu erreichen.

Außerdem müssen Projekte und Programme in Stadt und Land evaluiert werden. Die Frage, ob die gewünschten Ziele erreicht worden sind, und wo und wie nachgebessert werden müssen, sind legitim und zielfördernd.

Ein Beispiel: Bayern fördert mit dem Programm „Deutsch 240“ den Sprachunterricht für Kinder in Kindertagesstätten in Zusammenarbeit mit der Grundschule, eineinhalb Jahre vor der Einschulung. Gleichzeitig stieg die Anzahl der Deutsch-Förderklassen in Nürnberg an. Wie passt dies zusammen? Die Evaluation wurde bereits für Herbst 2010 angekündigt und liegt noch nicht vor.

Umfassende Informationen zum Bildungsbericht Nürnberg sind unter www.lernenvorort-nuernberg.de und www.bildungsbuero.nuernberg.de zu finden.

☞ elke.leo@stadt.nuernberg.de

Interessen von SkaterInnen in Nürnberg ernst nehmen

Nach den Presseberichten konnte man den Eindruck gewinnen, dass der Service Öffentlicher Raum (SÖR) jugendliche SkaterInnen vom Kornmarkt vertreiben will. Im Jugendhilfeausschuss am 21. Juli haben sowohl SÖR als auch das Jugendamt erklärt, dass die SkaterInnen dort nicht nur verortet, sondern auch willkommen sind. Das Jugendamt stellte ausdrücklich fest, Jugendliche hätten Anspruch darauf, als Teil der Stadtgesellschaft auch öffentlichen Raum für ihre Interessen zu nutzen. Und dazu gehört nun auch mal Skateboarden am Kornmarkt. Dies wurde in einem einstimmigen Beschluss des Jugendhilfeausschuss festgehalten. Wir haben ausdrücklich daraufhin gewiesen, dass wir uns anstelle von Verboten Gedanken machen müssen, an welchen Orten taugliche Flächen zum Skaten geschaffen werden können. Wir haben bereits in einem Antrag im Juni gefordert, den SkaterInnen Unterstützung zukommen zu lassen, in Form von Skateparks oder ähnlichem. Insgesamt brauchen wir in Nürnberg mehr Akzeptanz für Jugendkulturen! Die Vergangenheit hat gezeigt, dass es die



SkaterInnen waren und sind, die zu Kompromissen bereit sind. Wie wollen einen vernünftigen Interessenausgleich zwischen dem Ruhebedürfnis der MitarbeiterInnen des Germanischen Nationalmuseums, den BürgerInnen und den Jugendlichen in der Stadt.

☞ brigitte.wellhoefer@stadt.nuernberg.de

Flughafen Nürnberg strauchelt

Die Geschäftsberichte des Flughafens zeigen, dass der Flughafen in den letzten drei Jahren negative Jahresergebnisse erzielte. Bedenklich ist ebenfalls die finanzielle Situation von Air Berlin, dem wichtigen Partner des Nürnberger Flughafens, der mehr als die Hälfte des Verkehrsaufkommens erzielt und letztes Jahr 97 Millionen Euro Verlust machte. Dies ist besorgniserregend, zumal unklar ist, wie sich die Aktivitäten von Air Berlin am Nürnberger Flughafen gestalten, wenn der neue Flughafen Berlin-Brandenburg 2012/2013 eröffnet wird. Was passiert, wenn Air Berlin das Drehkreuz verlagert?

Da die Stadt und der Freistaat zu gleichen Teilen Gesellschafter des Flughafen Nürnbergs sind, werden neue Herausforderungen auf die Stadt zukommen. Nach Aussagen des Kämmerers werden im Haushalt 2012 bereits Gelder zur Eigenkapitalerhöhung eingeplant.

Neben Nürnberg betreibt der Freistaat auch den Flughafen München und subventioniert weitere Regionalflughäfen, wie beispielsweise Hof und Memmingen. Während für München ein Ausbau des Flughafens mit einer dritten Startbahn geplant wird, und in Hof und Memmingen unglaubliche Summen für einige Tausend Passiere ausgegeben werden, hat Nürnberg mit einem Rückgang von Passagieren zu kämpfen. Der Freistaat vollzieht hier eine völlig unverständliche Förderpolitik, die auch von Christine Stahl, Landtagsabgeordnete, kritisiert wird: „Die Staatsregierung hat für gleiche Rahmenbedingungen zu sorgen. Es darf nicht sein, dass überflüssige Regionalflugplätze wie in Hof subventioniert und in München eine dritte Startbahn forciert werden, während Nürnberg durch diese Politik zusätzlich unter Druck gerät.“

Unser Dringlichkeitsantrag im Stadtrat hat eine öffentlich Diskussion zum Fortbestehen und zur Finanzierung des Flughafens Nürnberg in Gang gebracht. Wir wollen den Nürnberger Flughafen als Regionalflughafen ohne Nordanbindung erhalten und erwarten eine angemessene Unterstützung des Standortes Nürnberg durch den Freistaat.

☞ brigitte.wellhoefer@stadt.nuernberg.de



Asylbewerberheim für bis zu 280 Menschen in Gostenhof geplant

Es gibt Planungen, an der Kohlenhofstraße in Gostenhof eine Sammelunterkunft für bis zu 280 Asylsuchende zu errichten. Leider hält sich die Regierung von Mittelfranken damit nicht an die getroffene Vereinbarung der Aufteilung der Asylsuchenden in Mittelfranken, laut der Nürnberg 33 Prozent der Asylsuchenden übernehmen sollte – derzeit liegt die Quote bereits bei etwa 60 Prozent! Zudem hat die Regierung von Mittelfranken weder die Pläne für den Standort in der Kohlenhofstraße, noch an der Pillenreutherstraße mit der Stadt Nürnberg abgesprochen.

Wir erachten Sammelunterkünfte prinzipiell für nicht menschenwürdig. Sie sind immer mit großen Belastungen für die Betroffenen verbunden, die nicht selten traumatisiert sind. Auch für Kinder ist eine Unterbringung in einer „Gemeinschaftsunterkunft“ alles andere als förderlich.

Unser Antrag auf einen Bericht im Sozialausschuss legte offen, dass auch die AnwohnerInnen ungenügend in das Verfahren eingebunden wurden, und die Stadt keine Handhabe hat, eine Alternative für die Sammelunterkünfte herbeizuführen. Zudem erhielt die Stadt die Informationen von der Regierung von Mittelfranken erst nach Rückfragen. Wir fordern daher, dass die Regierung von Mittelfranken umgehend Gespräche mit der Stadt Nürnberg aufnimmt mit dem Ziel einer menschenwürdigen und sozialverträglichen Unterbringen der von AsylbewerberInnen. Vor allem müssen die Bedürfnisse von Familien mit Kindern berücksichtigt werden.

✚ brigitte.wellhoefer@stadt.nuernberg.de

Inklusion – eine große Herausforderung

Mittlerweile wurden zur Umsetzung von Inklusion in Bayern Änderung des Bayerischen Erziehungs- und Unterrichtsgesetzes (BayEUG) fraktionsübergreifend beschlossen. In unserer Partei ist der Gesetzentwurf nicht unumstritten. Letztlich kann das Gesetz nur als Anfang betrachtet werden und zwar als zaghafter. Inklusion wird einfach dem bestehenden System zugefügt, die Vielgliedrigkeit des Bayerischen Schulsystems bleibt uns (leider) vollumfänglich erhalten. „Das begabungsgerechte, gegliederte Schulsystem wird durch den Gesetzesentwurf mit Zähnen und Klauen verteidigt“ (Hans Wocken, LAK Bildung).

Trotzdem wollen wir in Nürnberg die wenigen Spielräume, die mit dem Gesetz geschaffen wurden, ausnutzen. Um ausreichende Informationen zu erhalten haben wir zwei umfangreiche Anträge im Stadtrat (Schulausschuss) gestellt. Es geht im ersten Antrag (März 2011) vor allem darum, wie und wo in Nürnberg bereits Einzelintegration stattfindet und wie sich die Rahmenbedingungen gestalten, d.h. zusätzliches Lehr- und/oder Betreuungspersonal, Klassenstärke usw.. Eine wichtige Frage, auch im Zusammenhang der neuen gesetzlichen Lage, ist für uns: Werden Eltern aktiv auf die Möglichkeit des inklusiven Schulbesuches hingewiesen und beraten? Wie unterstützen Stadt und staatliches Schulamt die Wünsche der Eltern?

Der zweite Antrag befasst sich mit der Situation nach Beschlussfassung der neuen gesetzlichen Vorgaben und hier vor allem mit der Umsetzung, auch in städtischen Schulen: welche Pläne zur Umsetzung gibt es, und wie sind die finanziellen Folgen für die Stadt?



Der bayerische Städtetag hat ja ganz klar formuliert: Wer Inklusion will, muss sie auch zahlen! Nach dem Konnexitätsprinzip wären alle mit inklusiver Beschulung verbundenen Kosten vom Staat zu tragen. Das Ergebnis dieser Auseinandersetzung bleibt abzuwarten, unsere Meinung jedoch ist: Inklusion darf nicht am Geld scheitern, jede Schülerin und jeder Schüler muss sein Recht auf inklusive Beschulung vollumfänglich erhalten.

✚ elke.leo@stadt.nuernberg.de



Informationsfreiheitsgesetz nun doch gewollt – und sie zeigt schon erste Erfolge!

SPD und CSU haben sich nun doch durchgerungen und eine IFS eingebracht. Der Meinungswechsel war wohl nicht zuletzt dem rot-grünem Bündnis in München geschuldet, das sich ebenfalls zur Verabschiedung einer IFS entschlossen hat. Bei der Behandlung im Rechts- und Wirtschaftsausschuss haben wir uns dafür stark gemacht, dass der Zugang zur IFS nicht auf EinwohnerInnen der Stadt begrenzt wird, sondern alle Menschen Anspruch haben. Zudem wollten wir durchsetzen, dass die Anträge auf Auskunft nicht nur schriftlich gestellt werden, sondern auch mündlich. Doch SPD und CSU waren beratungsresistent. Weiterhin hätten wir es begrüßt, wenn der Informationsanspruch auch für städtische Beteiligungsgesellschaften wie Messe oder Flughafen gegolten hätte. Leider war in der verabschiedeten Fassung grundsätzlich kein Anspruch auf Information enthalten, wenn Informationen gesetzlich oder vertraglich geheim zu halten sind. Wir meinen: hier fehlt eine Abwägungsklausel! Denn das Interesse der Allgemeinheit an der Offenlegung der Information kann wichtiger sein, als das Geheimhaltungsinteresse des Unternehmens.

Trotz der Tatsache, dass die IFS so restriktiv wie möglich verabschiedet wurde, zeigte sie erste Wirkung: Die Stadt verzichtet darauf, Beschwerde einzulegen. Genauer: Eine Tierschutzorganisation verlange Akteneinsicht in die Unterlagen, zur Haltung des Großen Tümmlers im Tiergarten. Dies wurde der Organisation vom Verwaltungsgericht in Ansbach gewährt. Eine Revision wurde nicht zugelassen, was erneut vom Bayerischen Verwaltungsgerichtshof bestätigt wurde. Die Stadt wollte gegen die Nichtzulassung der Revision Beschwerde einlegen, nahm hiervon jedoch im Juli-Stadtrat mit Verweis auf die IFS Abstand.

✚ Tessa Kazmeier

Auftrag Menschenrechte

Unter diesem Titel stellt das Menschenrechtsbüro seinen Tätigkeits- und Fortschrittsbericht 2009 bis 2010 vor. Das erste Mal haben wir eine inhaltlich informative, aber auch äußerlich ansprechende Broschüre in gebundener Form; dies entspricht auch der Bedeutung dieses Berichtes.

„Mit dem Report erfüllt das Menschenrechtsbüro nicht nur seine Berichtspflicht gegenüber dem Stadtrat und dem Kuratorium für Integration und Menschenrechte, Adressat[Innen] sind vor allem die Bürgerinnen und Bürger Nürnbergs: Kommunale Menschenrechtsarbeit ist nämlich nicht allein die Umsetzung abstrakter grundrechtlicher Normen. In der Stadt, als unmittelbare Lebens- und Arbeitswelt von Menschen, hat effiziente Menschenrechts-

arbeit ganz konkrete Auswirkungen auf die Lebenswirklichkeit, denn sie behandelt die existenziellen Fragen von Humanität, Toleranz und Respekt geprägten Zusammenlebens“... (aus dem Editorial des Tätigkeitsberichtes)

Im Bericht werden ausführlich die Grundlagen der Kommunalen Menschenrechtsarbeit vorgestellt. Neben der zweijährigen Verleihung des Internationalen Nürnberger Menschenrechtspreises finden natürlich auch eine Vielzahl von Aktivitäten in der Stadt statt, die nicht so große Öffentlichkeit erhalten.

Neben vielen Errungenschaften sind aber längst noch nicht alle Probleme gelöst. Eines möchte ich an dieser Stelle besonders erwähnen, der Zugang zu Bildung und Teilhabe für alle Kinder. Mit der Unterzeichnung der Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen im Mai 2010 hat die Bundesregierung den Weg dazu geebnet auch Kindern mit „illegalem“ Aufenthaltsstatus das Recht auf Bildung zukommen zu lassen. Die Länder müssen im Rahmen ihrer Bildungshoheit die Voraussetzungen schaffen, dass einem Schulbesuch dieser Kinder nichts im Wege steht. Das würde bedeuten, dass auf eine Meldebescheinigung bei Schulanmeldung verzichtet wird und lediglich z.B. die Adresse der Eltern angegeben wird. Mehr ist ja auch für eine notwendige Kontaktaufnahme nicht nötig. Im Bayern sind entsprechende Veränderungen noch nicht geschaffen worden. Wir hoffen dennoch, dass es mutige Schulleiterinnen und Schulleiter gibt, die auch diesen Kindern zu ihrem Recht auf Bildung verhelfen. Auch die Menschenrechtsbildung für Schulklassen ist eine zentrale Aufgabe des Menschenrechtsbüros. In den neu eingeführten praktischen Seminaren (P-Seminare) und in die wissenschaftlichen Seminare (W-Seminare) wurde an den Gymnasien von einigen Schulen auch das Thema Menschenrechte aufgenommen. Auf die ersten Berichte können wir gespannt sein.

Erfreulich ist zudem, dass durch eine personelle Fügung in der Stadt das Konzept einer Antidiskriminierungsstelle umgesetzt werden kann. Grundlage für die Arbeit dieser Stelle ist das Allgemeine Gleichstellungsgesetz (AGG). Grundprinzipien:

- Enge Vernetzung mit den übrigen Anlaufstellen innerhalb und außerhalb der Stadtverwaltung,
- die Beratungsstelle arbeitet so unabhängig wie möglich,
- die Beratungsstelle ist niederschwellig und barrierefrei.

Termine

Wenn nicht anders angegeben finden alle Sitzungen im Rathaus, Fünferplatz 2, Großer Sitzungssaal, statt.

Di, 13.09.	15:00	Personal- und Organisationsausschuss
Mi, 14.09.	09:00	Werkausschuss SÖR Amtsgebäude Bauhof 9, Aula/EG
	15:00	Ausschuss für Recht, Wirtschaft und Arbeit
Do, 15.09.	09:00	Verkehrsausschuss
Mo, 19.09.	09:00	Werkausschuss FrankenStadion
	09:30	Werkausschuss NürnbergBad
Mi, 21.09.	15:00	Stadtrat
Do, 22.09.	09:00	Sozialausschuss
	09:30	Werkausschuss NürnbergStift
	15:00	Kommission für Integration
Di, 27.09.	15:30	Bau- und Vergabeausschuss Amtsgebäude Bauhof 9, Aula/EG
Do, 29.09.	15:00	Stadtplanungsausschuss

Das Fraktionsbüro ist vom 8. bis zum 26. August geschlossen.

Um das Ausmaß von Diskriminierung und damit die gesellschaftliche Relevanz sichtbar zu machen, ist eine Datenerhebung erforderlich. Unter strikter Einhaltung aller Datenschutzregeln wird eine Erhebung implementiert. So werden wir erkennen, wie der Handlungsbedarf ist und können auf Fakten und nicht nur auf eine anzunehmende „hohe Dunkelziffer“ zurückgreifen. Weitere Informationen hierzu auch im Ratsinformationssystem www.online-service.nuernberg.de/eris/calendar.do (Stichwortsuche „Antidiskriminierungsstelle“)

✚ elke.leo@stadt.nuernberg.de



Planspiel Kommunalpolitik

Von Mittwoch den 13.7.2011 bis Freitag den 15.7.2011 fand in Nürnberg ein Planspiel zum Thema Kommunalpolitik statt. Veranstaltet wurde dies von der Friedrich Ebert Stiftung, die mit SchülerInnen der Kaufmännischen Berufsschule Nürnberg dieses Thema bearbeitete.

In der ersten Hälfte des ersten Tages wurde uns SchülerInnen die Struktur und das Vorgehen im Stadtrat erklärt. Mit dem erlernten Grundwissen

nahmen wir dann am Nachmittag mit VertreterInnen der Friedrich Ebert Stiftung beim öffentlichen Teil der Stadtratssitzung teil. Themen der Sitzung waren unter anderem Leiharbeit in Nürnberg



Foto: Berufsschule 4, Klasse BK 12e

Elke Leo nahm am Planspiel Kommunalpolitik teil und beriet die Fraktion „Good people – Good world“ bei der Formulierung von Anträgen und Anfragen.

sowie die Verabschiedung und die Begrüßung des alten bzw. neuen Wirtschaftsreferenten. Am Donnerstag wurde dann zusammen mit den SchülerInnen die Stadtratssitzung analysiert. Anschließend wurden wir in Fraktionen eingeteilt, um uns auf das darauf folgende Planspiel im Sitzungssaal vorzubereiten. Mit Hilfe einiger StadträtInnen wurde von jeder Fraktion eine Anfrage und ein Antrag erstellt. Am letzten Tag des Planspiels wurden die SchülerInnen zu einer gespielten Stadtratssitzung eingeladen, in der sie zusammen mit dem Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly die am Tag davor erstellten Anträge und Anfragen als Stadträte und Stadträtinnen diskutierten und darüber abstimmten.

Am Ende bleibt zu sagen, dass dies eine sehr gelungene und interessante Veranstaltung war, in der man viel über die kommunale Politik und das Handeln von StadträtInnen lernen konnte.

✚ Ivo Scheuerlein, Praktikant der Stadtratsfraktion, Schüler der 9. Klasse am Helene-Lange-Gymnasium in Fürth

Impressum

Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen
Rathausplatz 2, 90317 Nürnberg, Tel.: 0911/231-5091, Fax: -2930
email: gruene@stadt.nuernberg.de
Internet: www.gruene.rathaus.nuernberg.de
V.i.S.d.P.: Tessa Kazmeier, Fraktionsgeschäftsführerin
Herstellung: Druckwerk, Nürnberg